

- Medienmitteilung -

CVP fordert echte Finanzpolitik statt Sammelsurium von Sparübungen

Unausgewogenes Sparpaket löst Probleme nicht

Die CVP Kanton Luzern nimmt vom Budget 2015, welches einen Mehraufwand von CHF 23 Mio. aufweist sowie vom AFP 2015-2018 Kenntnis. Sowohl Budget und AFP stehen gemäss Regierungsrat mit der Schuldenbremse im Einklang. Dazu ist aber das Sparpaket Leistungen und Strukturen II notwendig. Dieses wurde von der CVP bereits im Sommer als Sammelsurium ohne Konzept betitelt, da es unausgewogen ist, kaum strukturelle Massnahmen vorsieht und zu einem guten Teil aus Mehreinnahmen besteht. Die Haltung dazu hat sich auch nach der Veröffentlichung von diversen Zusatzmassnahmen, die erst jetzt publik werden, nicht geändert. Sowohl das Budget 2015 als auch der AFP stehen daher auf wackligen Beinen. Es fehlt nach wie vor eine überzeugende Strategie, den Kanton Luzern in Zeiten steigender Ausgaben und wegfallender Einnahmen - unter Beibehaltung der Luzerner Steuerstrategie - finanzpolitisch zu führen.

Sparen nicht zu Lasten von Familien und Behinderten

Die CVP wird daher das unausgewogene Sparpaket punktuell zu korrigieren versuchen. Die Mehrheit der Massnahmen werden wir aus staatspolitischer Verantwortung und der Einsicht in die Notwendigkeit weiterer Sparbemühungen indessen gutheissen. Oberstes Ziel der CVP ist es, für das Jahr 2015 ein Budget zu haben. Die CVP wird im Rahmen der Beratung des Budgets 2015 und des AFP 2015-2018 Anträge stellen, um wenigstens punktuell eine grössere Ausgewogenheit in den Sparbemühungen zu erhalten. Insbesondere bei den SEG-Institutionen und im öffentlichen Verkehr werden wir das Sparvolumen nicht in diesem Umfang unterstützen. Aus den Sparmassnahmen sollen zudem keine Mehrbelastungen von Eltern und Familien und auch kein Leistungsabbau bei den Schwächsten (Behinderten) vorgenommen werden. Die CVP fordert daher eine Reduktion des allgemeinen Sparauftrages bei den SEG-Institutionen von 5% auf 2.5%. Ebenfalls kritisch beobachten wird die CVP den versprochenen Spareffekt zu Gunsten der Gemeinden.

Gegen isolierte Steuerkorrekturen

Ein guter Teil der sogenannten Sparvorschläge sind Steuermassnahmen welche zu Mehreinnahmen führen. Diese lehnt die CVP mehrheitlich ab. Insbesondere die Streichung des Eigenbetreuungsabzuges welcher auf einen Vorstoss der CVP zurückgeht, unterstützen wir nicht. Ebenso sind wir dagegen, den Pendlerabzug jetzt und heute in diesem Umfang zu begrenzen. Die CVP ist erst dann bereit, über die Höhe des Pendlerabzuges zu diskutieren, wenn Klarheit darüber besteht, was die umliegenden Kantone machen. Luzern darf nicht der erste Zentralschweizer Kanton sein, welcher sein Gesetz dem Bund anpasst. Die übrigen Steuermassnahmen sind durchaus überprüfenswert, doch fehlen teilweise Informationen, um z.B. die Einführung einer Minimalsteuer oder die Reduktion der Minderung der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung abschliessend gut zu heissen. Zudem fehlt die breite Meinungsbildung zu den geplanten Sparmassnahmen. Durch die eher unglückliche Terminierung der Sondersession einen Monat vor der Budgetberatung sowie durch die lange Sperrfrist

zur Botschaft L&S II konnte keine öffentliche Meinungsbildung stattfinden. Aus diesem Grund wird die CVP-Fraktion einen Teil der Steuermassnahmen nicht unterstützen und mittels eines Vorstosses eine umgehende und umfassendere Steuergesetzesrevision fordern. In diesem Rahmen sind auch weitere Steuermassnahmen im Gesamtkontext zu prüfen.

Unbefriedigende Rolle der Spezialkommission

Insgesamt unglücklich war die Rolle der Spezialkommission Leistungen und Strukturen II. Diese Kommission hat 172 Sparmassnahmen der Regierung zur Prüfung eingereicht. Davon waren fast hundert Massnahmen von der CVP. Leider hat die Regierung aus den 172 überwiesenen Massnahmen nur gerade 44 vollständig oder teilweise übernommen. Dies ist enttäuschend. Auch die Korrekturmassnahmen, welche die CVP mit der Unterstützung einer Mehrheit der Spezialkommission vor dem Sommer 2014 eingereicht hat, um das Massnahmenpaket ausgewogener und gerechter zu machen, führten nicht zu weiteren Sparbemühungen der einzelnen Departemente.

Fehlende finanzpolitische Führung

Nach einer längeren Phase von anhaltenden Sparpaketen ist es an der Zeit, wieder langfristige Finanzpolitik zu betreiben. Dabei stehen für die CVP drei Massnahmen im Vordergrund.

Mit einer umfassenden Finanz- und Aufgabenreform sollen den grossen zusätzlichen Aufgaben seit der letzten Reform 2008 (Pflegefianzierung, Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Spitalfinanzierung) und zukünftigen Projekten Rechnung getragen (Kostenteiler Volksschule 50:50) und die Plattform für eine gesicherte Zukunft gelegt werden. Dazu wird die CVP einen entsprechenden Vorstoss einreichen.

Mit einer Steuergesetzesrevision sollen insbesondere solche im Rahmen des Sparpaketes L+S geforderten Änderungen im Steuergesetz in einem Gesamtkontext geprüft werden. Dazu wird die CVP einen entsprechenden Vorstoss einreichen.

Der Regierungsrat soll vor dem Budget 2016 aufzeigen, ob das FLG unter den aktuellen Gegebenheiten (wegfallende Einnahmen vom Bund, langsames Wachsen der Steuererträge im Rahmen der Steuerstrategie, grosses punktuell Kostenwachstum) seiner Funktion gerecht wird oder ob dort allenfalls gewisse Anpassungen vorzunehmen sind.

Der Regierungsrat muss das finanzpolitische Zepter in die Hand nehmen und statt häppchenweise Sparpakete präsentieren, endlich eine klare strategische finanzpolitische Führung zeigen, damit der Kanton Luzern wieder mehr Handlungsspielraum erhält.

Veröffentlichung: Freitag, 24. Oktober 2014

Rückfragen:

- Ludwig Peyer, Fraktionschef, Willisau; (041 368 58 58 / 079 344 75 56 (erreichbar zw. 13:00 - 14:00 h
- Yvonne Hunkeler, Kantonsrätin Grosswangen (079 503 03 36)